

**ZUSCHRIFT**  
**11/3390**

alle Abg.

Roswitha Riotte  
In der Pieperbeck 24a  
45239 Essen

An die Präsidentin des  
Landtages Nordrhein-Westfalen  
Frau Ingeborg Friebe  
Platz des Landtages 1  
40002 Düsseldorf

Mit der Bitte um Weiterleitung an  
alle Abgeordneten !

30.05.1994

### Gesetz zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bestürzung habe ich den Entwurf des Sonderschulentwicklungsgesetzes zur Kenntnis genommen. Ich bin sehr enttäuscht, daß die außerordentlich positiven Ergebnisse des Abschlußberichtes zum Schulversuch „Gemeinsamer Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder in der Grundschule“ in keinster Weise berücksichtigt wurden. Der Schulversuch hat gezeigt, daß vielfältige Formen des gemeinsamen Unterrichts schulfachlichen Kriterien Stand halten und Sie als verantwortliches Mitglied des Landtages damit gefordert sind, die gesetzlichen Weichen für die flächendeckende Ermöglichung des gemeinsamen Unterrichts für alle Kinder zu stellen.

In einer Zeit, in der Gewalt und Diskriminierung von Randgruppen in unserer Gesellschaft wieder salonfähig werden, sollte die Landesregierung ein Zeichen zur Gleichstellung behinderter Kinder in Regelschulen setzen. Da nach dem Willen von CDU und SPD der Schutz vor Diskriminierung von Behinderten künftig im Grundgesetz verankert werden soll, ist es völlig unverständlich, wenn die Chance, gesetzliche Grundlagen für die gemeinsame Unterrichtung festzuschreiben, nicht genutzt wird.

Stattdessen läßt das geplante Sonderschulentwicklungsgesetz weiterhin zu, daß Kinder und Jugendliche gegen ihren Willen ausgesondert werden. Die Sonderschule bzw. die entsprechend verantwortliche untere Schulaufsichtsbehörde darf weiter allein über die „Integrationsfähigkeit“ behinderter Kinder entscheiden. Die Sorgeberechtigten dürfen in dieser die gesamte weitere Lebensperspektive der behinderten Kinder betreffenden Entscheidung weiterhin nicht mitbestimmen.

Darüber hinaus erstreckt sich das neue Gesetz nicht auf die weiterführenden Schulen. Wie sollen Eltern ihrer elfjährigen Tochter oder ihrem elfjährigen Sohn erklären, daß die Gemeinsamkeit von Behinderten und Nichtbehinderten mit Beendigung der Grundschule aufhört? Behinderte Kinder, die von klein auf die Gemeinsamkeit von Behinderten und Nichtbehinderten als „normal“ erfahren haben, werden zu „Fremden im eigenen Land“, d. h. sie werden Probleme bekommen, ihre in der Normalität einer Schule erworbenen Fähigkeiten der Stoffaneignung und sozialen Auseinandersetzung in einer reinen Behindertengruppe anzuwenden. Psychische Störungen werden ihnen dann möglicherweise als „Sekundärbehinderung“ angekreidet.

Der gemeinsame Unterricht darf nicht von der jeweiligen Lage des Landeshaushalts abhängig gemacht werden. Bei der Einführung gesetzlicher Grundlagen für den gemeinsamen Unterricht geht nicht - wie das Sonderschulentwicklungsgesetz Glauben machen will - um einen verzichtbaren Luxus für wenige Privilegierte, sondern um die Neuorientierung auf eine von christlichen Werten und von Humanismus getragene Behindertenförderung.

Ich fordere Sie deshalb mit Nachdruck auf, die Verabschiedung des o.g. Gesetzentwurfes zu verhindern. Tragen Sie dazu bei, daß der gemeinsame Unterricht für alle Kinder flächendeckend möglich wird.

Mit freundlichen Grüßen

R. Riotte

Hinweis: Derzeit liegen im Ausschuss-  
sekretariat 20 gleichlautende  
Schriften vor!